

Beschlußempfehlung und Bericht **des Ausschusses für Verkehr (15. Ausschuß)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Dagmar Enkelmann, Dr. Winfried Wolf,
Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS**
– Drucksache 13/2360 –

Einführung einer Schwerverkehrsabgabe

A. Problem

Die Antragsteller schlagen vor, die Bundesregierung aufzufordern, einen Gesetzentwurf zur Einführung einer Schwerverkehrsabgabe auf nationaler Ebene vorzulegen sowie sich innerhalb der EU bei den Revisionsverhandlungen um die Vignetten-Richtlinie für deren Abschaffung und für die europaweite Einführung einer Schwerverkehrsabgabe einzusetzen. Die Einnahmen daraus sollen zweckgebunden zur Beseitigung der durch den LKW-Verkehr verursachten Schäden sowie zum Ausbau und zur Modernisierung des Schienengüterverkehrs und des Kombinierten Verkehrs herangezogen werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrages.

Große Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Entfällt

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 13/2360 abzulehnen.

Bonn, den 16. April 1997

Der Ausschuß für Verkehr

Dr. Dionys Jobst
Vorsitzender

Horst Friedrich
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Horst Friedrich

I.

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 13/2360 in seiner 125. Sitzung am 26. September 1996 federführend an den Ausschuß für Verkehr und mitberatend an den Finanzausschuß, den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau sowie den Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

Der Finanzausschuß hat am 26. Februar 1997 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Gruppe der PDS bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag abgelehnt. Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat am 4. Dezember 1996 den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Gruppe der PDS sowie bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt. Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau hat am 4. Dezember 1996 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der SPD gegen die Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag abgelehnt. Der Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union hat am 19. März 1997 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Gruppe der PDS bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ebenfalls den Antrag abgelehnt. Der Ausschuß für Verkehr hat den Antrag in seiner 50. Sitzung am 16. April 1997 beraten.

II.

Die Antragsteller fordern die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf zur Einführung einer Schwerverkehrsabgabe auf nationaler Ebene vorzulegen sowie sich innerhalb der EU bei den Revisionsverhandlungen um die Vignetten-Richtlinie für deren Ab-

schaffung und für die europaweite Einführung einer Schwerverkehrsabgabe einzusetzen.

Die Gruppe der PDS begründete im Ausschuß für Verkehr ihren Antrag unter Hinweis auf die Ergebnisse der Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre“. Dort und von anderen Stellen werde eine verursachergerechte Kostenanlastung gefordert. Es müßten auch Leerfahrten von LKW vermieden werden. Auch die Bundesregierung habe sich aufgeschlossen gegenüber der Forderung des VCD geäußert, eine LKW-Gebühr von 20 Pfennig pro Tonne und gefahrenem Kilometer zu erheben. Vertreter der Koalitionsfraktionen lehnten es ab, in diesem Bereich eine nur nationale Lösung anzustreben; selbst eine EU-weite Regelung sei sehr schwer zu erreichen. Zudem würde der Antrag zu Wettbewerbsverzerrungen führen und sei aus arbeitsmarktpolitischen Gründen unzumutbar.

Die Fraktion der SPD räumte ein, eine streckenbezogene Wegekostenanlastung müsse angestrebt werden. Das geeignete Mittel sei sicherlich nicht eine Vignette. Man könne dem Antrag aber nicht zustimmen, weil hier eine nationale Regelung vorgeschlagen werde, die zu Wettbewerbsverzerrungen führen würde.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützte grundsätzlich das Anliegen, auf nationaler Ebene eine Verkehrsabgabe einzuführen. Allerdings sei bei dem Antrag nicht klar, an welchen Kosten sich diese Abgabe orientieren solle. Sinnvollerweise sollte sie an den Umweltbelastungen anknüpfen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordere eine Schwerverkehrsabgabe als „Öko-Maut“.

Der Ausschuß für Verkehr lehnte den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimme der Gruppe der PDS bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

Bonn, den 16. April 1997

Horst Friedrich

Berichterstatter

